

13

Die KDV möge beschließen:**Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****L18/2022/I Rente - aber sicher, als Umlagesystem stärken und ausbauen!**

1 Die Ampel-Koalition plant die Umsetzung eines weiteren Bausteins eines kapitalgedeckten Rentensystems.

2 Daher fordern wir:

3 1. Die Aktienrente soll als ergänzendes Instrument zur gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt werden. Eine Teilersetzung des Umlagebeitrags durch die Aktienrente hätte zur Folge, dass die Einzahlungsbeträge der gesetzlichen Rente sinken. Damit würden der Wert und die Akzeptanz der gesetzlichen Rente geschwächt. Es darf zur Finanzierung keine Mehrabgaben für Arbeitnehmer:innen geben.

4 2. Die Aktienrente soll als staatliches Lenkungsinstrument zur Investition in fortschrittliche und gesellschaftlich wünschenswerte Projekte ausgestaltet werden. Hierzu gehören beispielsweise der Ausbau erneuerbarer Energien oder soziale Zielstellungen. Es bedarf klarer ethischer, sozialer und ökologischer Regeln, nach denen für die Aktienrente bestimmte Gelder an globalen Finanzmärkten angelegt werden dürfen. Dazu zählt, dass nur in Unternehmen investiert werden darf, die an allen Stellen entlang ihrer Lieferkette klare Prüfmechanismen zur Einhaltung der Menschenrechte haben und die keine Mehrbelastung der Umwelt erfordern. Investitionen in Start-Ups und Innovationsunternehmen, die neue Lösungen für Herausforderungen des Klimaschutzes oder im sozialen Bereich entwickeln, sind zu priorisieren.

5 3. Zusätzlich zur Aktienrente sollen Betriebsrenten verpflichtend und flächendeckend zur Absicherung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingeführt werden. Bei einem Wechsel des Arbeitgebers, sollte der neue Rententräger verpflichtet werden

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die Ampel-Koalition plant die Umsetzung eines kapitalgedeckten Fonds als weiteren Baustein für die Rente. Daher fordern wir:

1. Für eine stabile, sichere Rente ist in erster Linie die gesetzliche Rente zu stärken. Hierfür braucht es Bereitschaft und Bemühungen, die Sozialpartnermodelle für tarifungebundene Unternehmen und Personen, zu öffnen und so das staatliche Rentensystem für weitere rund 4 Millionen Beschäftigte attraktiv zu machen. Eine Stärkung des Generationenkapitals hätte zur Folge, dass sich das Rentenniveau dauerhaft auf 48% stabilisiert, bzw. perspektivisch bis zu 53% steigen kann. Ein Finanzierungsanteil durch Erträge aus einem kapitalgedeckten Fonds bei der gesetzlichen Rentenversicherung darf den Wert und die Akzeptanz der gesetzlichen Rente nicht gefährden. Durch die Einführung der kapitalgedeckten Teilfinanzierung darf es nicht dazu kommen, dass etwaige Verluste durch Erhöhung der Beitragszahlungen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen kompensiert werden.

2. Das Fonds-Kapitalvermögen der gesetzlichen Rente soll als staatliches Lenkungsinstrument zur Investition in nachhaltige, fortschrittliche und gesellschaftlich erforderliche Projekte ausgestaltet werden. Hierzu gehören beispielsweise der Ausbau erneuerbarer Energien, nachhaltige Mobilität oder das Erreichen sozialer Zielstellungen. Es bedarf klarer ethischer, sozialer und ökologischer Regeln, nach denen für die Rente zweckgebundene Gelder an globalen Finanzmärkten angelegt werden dürfen. Dazu zählt, dass nur in Unternehmen investiert werden darf, die an allen Stellen entlang ihrer Lieferkette für gute Arbeit und faire Arbeitsbedingungen stehen.

3. Betriebsrenten mit finanzieller Beteiligung der Arbeitgeber sollen verpflichtend

41 bereits erwirtschaftete Versorgungspunkte
42 zu übernehmen. Kleinere und mittelständische
43 Betriebe müssen bei der Umsetzung un-
44 terstützt werden.

45 4. Wir fordern die Einführung der Erwerbs-
46 tätigenrente. Auch Selbstständige, Beamte
47 sowie Politikerinnen und Politiker sollen in
48 die gesetzliche Rentenversicherung einbezo-
49 gen werden. Gleiches gilt für die Kranken-
50 und Pflegeversicherung.

51 5. Befristungen und prekäre Beschäftigungs-
52 verhältnisse müssen endlich der Vergangen-
53 heit angehören. Unter diesen Bedingungen
54 können keine stabilen Renten erwirtschaftet
55 werden. Es bedarf eines neuen gesetzlichen
56 Rahmens, um Scheinselbstständige und Ar-
57 beiter:innen in der sog. "Gig Economy" zu
58 schützen.

59 6. Die Schere zwischen Arm und Reich geht
60 immer weiter auseinander. Es sind alle Mittel
61 auszuschöpfen, um mehr soziale Gerechtig-
62 keit und Umverteilung zu organisieren. Hier-
63 zu gehören Instrumente wie die Erbschafts-
64 und Vermögenssteuer.

65

66 **Begründung**

67 Neben der Riesterrente ist nun vorgesehen,
68 dass der Staat in Wertpapiere investiert. Zu
69 diesem Zwecke sollen zunächst zehn Milliar-
70 den Euro aus Haushaltsmitteln am Kapital-
71 markt eingesetzt werden. Um die Rente trotz
72 des demografischen Wandels zukunftsfest zu
73 machen, müssen die Maßnahmen der Ren-
74 tenpolitik nachhaltig und sinnvoll ausgestal-
75 tet sein.

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

und flächendeckend zur Absicherung al-
ler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
eingeführt werden. Bei einem Wechsel des
Arbeitgebers sollen Möglichkeiten geschaf-
fen werden, dass bereits erwirtschaftete
Versorgungspunkte vom neuen Rententräger
übernommen werden. Kleinere und mittel-
ständische Betriebe sind bei der Umsetzung
zu unterstützen.

4. Wir fordern die Einführung der Erwerbstä-
tigenrente. Auch Selbstständige, Beamtinnen
und Beamte sowie Politikerinnen und Politi-
ker und alle Beschäftigten, die bisher über ei-
gene Versorgungswerke Vorsorge betreiben,
sollen in die gesetzliche Rentenversicherung
einbezogen werden, um stetere und besse-
re Versicherungsverläufe, zu erreichen. Gle-
iches gilt für die Kranken- und Pflegeversiche-
rung. Die Pflichten der Solidargemeinschaft
sind von allen zu tragen.

5. Sachgrundlose Befristungen und prekäre
Beschäftigungsverhältnisse müssen der Ver-
gangenheit angehören. Unter diesen Bedin-
gungen können Arbeitnehmerinnen und Ar-
beitnehmer keine stabilen Renten erwirt-
schaften. Es bedarf eines neuen gesetzlichen
Rahmens, um Scheinselbstständige und Ar-
beiterinnen und Arbeitnehmer in der sog.
"Gig Economy" zu schützen. Kurzfristige Be-
schäftigungsmöglichkeiten gehören auf den
Prüfstand und sind tendenziell abzuschaf-
fen. Der Abschluss von Sozialversicherungs-
abkommen mit weiteren Ländern muss vor-
angetrieben werden.

6. Die zum 1. Januar 2021 eingeführte Grund-
rente ist als gerechte Komponente im Solidar-
system konzeptionell weiter zu entwickeln.
Die Einkommensgrenzen, die u. a. als Parame-
ter bei der Grundrentenberechnung gelten,
sind in Anbetracht der steigenden Lebenshal-
tungskosten zu erhöhen.

7. Alle Anstrengungen, die zu einer Verbesse-
rung von Vereinbarkeit von Familie, Privatle-
ben und Beruf führen, sind mit der Zielset-
zung zu intensivieren, dass die Teilzeitquo-
te sinkt und die Erwerbstätigkeit insgesamt

87
88
89
90
91
92
93
94
95

steigt. Die 4- Tage-Woche ist hierbei als Instrument konstruktiv mitzudenken.

8. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Es sind alle Mittel auszuschöpfen, um mehr soziale Gerechtigkeit und Umverteilung zu organisieren. Hierzu gehören Instrumente wie die Erbschafts- und Vermögenssteuer. Die Kapitalertragssteuer ist deutlich anzuheben.